

# Stellungnahme zum Antrag

SPD-Gemeinderatsfraktion

Vorlage Nr.: **2022/0728**  
Verantwortlich: **Dez. 3**  
Dienststelle: **SJB**

## Präventive Begleitmaßnahmen für die Cannabislegalisierung

Gremium	Termin	TOP	ö	nö
Gemeinderat	26.07.2022	42	x	
Jugendhilfeausschuss	19.10.2022	10	x	

### Kurzfassung

Nach Einschätzung der Verwaltung ist die Erarbeitung von speziellen präventiven, begleitenden Maßnahmen für die anstehende Legalisierung nicht erforderlich.

Die für die Stadt Karlsruhe tätigen Suchtberatungsstellen sind gut miteinander vernetzt und erarbeiten gemeinsam sinnvolle Vorgehensweisen zu den bevorstehenden Veränderungen.

Die Einrichtung der Drogenkommission wird von der Verwaltung unterstützt.

Finanzielle Auswirkungen	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/>			
<input type="checkbox"/> Investition <input type="checkbox"/> Konsumtive Maßnahme	Gesamtkosten: Jährliche/r Budgetbedarf/Folgekosten:		Gesamteinzahlung: Jährlicher Ertrag:	
<b>Finanzierung</b> <input type="checkbox"/> bereits vollständig budgetiert <input type="checkbox"/> teilweise budgetiert <input type="checkbox"/> nicht budgetiert	<b>Gegenfinanzierung durch</b> <input type="checkbox"/> Mehrerträge/-einzahlung <input type="checkbox"/> Wegfall bestehender Aufgaben <input type="checkbox"/> Umschichtung innerhalb des Dezernates		Die Gegenfinanzierung ist im Erläuterungsteil dargestellt.	
CO <sub>2</sub> -Relevanz: Auswirkung auf den Klimaschutz Bei Ja: Begründung   Optimierung (im Text ergänzende Erläuterungen)	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	positiv <input type="checkbox"/> negativ <input type="checkbox"/>	geringfügig <input type="checkbox"/> erheblich <input type="checkbox"/>
IQ-relevant	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	Korridortheema:	
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	durchgeführt am	
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit	

## Ergänzende Erläuterungen

### 1. Die Stadt Karlsruhe erarbeitet präventive, begleitende Maßnahmen für die anstehende Legalisierung von Cannabis.

Die Suchtprävention leistet seit Jahrzehnten einen zentralen Beitrag zur Verbesserung der Bevölkerungsgesundheit. Um die Schäden, die mit dem Missbrauch der legalen und illegalen Substanzen sowie den Verhaltenssuchten einhergehen, zu verringern, muss die Prävention von Sucht neben Suchttherapie und Repression zentraler Bestandteil einer umfassenden Sucht- und Drogenpolitik sein.

Moderne Suchtprävention erreicht Zielgruppen systematisch in ihren Lebenswelten, tut dies ohne einen erhobenen Zeigefinger und ist bestrebt, eine gesundheitsförderliche Veränderung von Wissen, Einstellungen und Verhaltensweisen zu bewirken. Dabei wird vorrangig ein salutogenetischer Ansatz im Sinne einer Ressourcenstärkung, also Lebenskompetenz- und Risikokompetenzstärkung, verfolgt.

Die Legalisierung von Cannabis bedeutet daher nicht, dass neue oder veränderte Präventionsmaßnahmen entwickelt werden müssen, sondern erfordert lediglich den Ausbau der Prävention und die Priorisierung des Jugendschutzes. Schon bestehende Module, Workshops und Veranstaltungen sollten konsequent und flächendeckend umgesetzt werden können.

Hierzu werden bei der Stadt Karlsruhe weitere Ressourcen im Bereich der operativen Tätigkeit benötigt, denn für eine erfolgreiche und nachhaltige Prävention muss das ganze System einbezogen werden. In der Schule sind das nicht nur die Schüler\*innen und deren Eltern, sondern auch die Lehrkräfte, die Schulsozialarbeit und die Schulleitungen.

Um Nachhaltigkeit zu erreichen, müssen Präventionsangebote dauerhaft etabliert werden. Hier sind nicht nur Schulen als Adressat von Präventionsveranstaltungen zu nennen. Prävention beziehungsweise Resilienzförderung beginnt weitaus früher und in vielseitigeren Kontexten. Kindertageseinrichtungen, Vereine, Jugendhäuser und Wohngruppen sind als weitere Zielgruppen zu erwähnen. Die Cannabislegalisierung muss durch eine Veränderung der Intensivierung der Prävention begleitet werden. Je häufiger sich mit dem Thema Suchtprävention auseinandergesetzt wird, desto mehr Wissen und Kompetenz wird angeeignet, und eine klare persönliche Haltung kann sich ausbilden.

Der Fokus muss daher auf einer Zielgruppenerweiterung und auf der dauerhaften Implementierung verschiedenster Präventionsangebote im gesamten Prozess des Heranwachsens liegen. Wichtig ist es außerdem, Jugendlichen zu vermitteln, dass die Legalisierung von Cannabis nicht bedeutet, dass Cannabis harmlos ist, sondern dass diese Entscheidung das Ergebnis eines komplexen Abwägungsprozesses ist. Die häufig von Jugendlichen zu Recht gestellte Frage: „Warum ist Cannabis illegal, Alkohol und Zigaretten aber legal, obwohl deren Gefährlichkeit von Fachleuten wesentlich höher eingeschätzt wird?“, welche von Präventionsfachleuten bislang nur mühsam stringent und zufriedenstellend beantwortet werden kann, entfällt mit der Legalisierung. Somit kann der Schwerpunkt im Diskurs auf den individuellen sowie den gesellschaftlichen Umgang mit Suchtmitteln gelegt werden.

Perspektivisch kann im Zuge der Legalisierung von Cannabis eine Projekterweiterung der Einsätze der Jugendschutzteams auf Großveranstaltungen erfolgen. Bisher fokussieren sich die Jugendschutzteams nur auf die Themen Alkohol und Nikotin. Die Umsetzung dieser konkreten und zielgerichteten präventiven Maßnahmen kann aber erst konzipiert und implementiert werden, wenn die Inhalte des Gesetzesentwurfes und die Auswirkungen auf das Jugendschutzgesetz feststehen.

### 2. Dem Gemeinderat wird dargestellt, wie sich die Zuständigkeiten der Beratungsstellen (nach der Legalisierung) und ob sich die vorhandenen Beratungsangebote verändern werden.

Die für die Bürger\*innen der Stadt Karlsruhe tätigen Suchtberatungsstellen der diakonischen Suchthilfe Mittelbaden (DSM), des Baden-Württembergischen Landesverbandes für Prävention und Rehabilitation gGmbH (bwlv) und die städtische Jugend- und Drogenberatungsstelle (JDB) treffen sich gemeinsam mit der Suchthilfekordinatorin regelmäßig zum „Runden Tisch Suchtberatung Karlsruhe“. Ziele dieses Gremiums sind eine nachhaltige Kooperation, Absprachen zu einzelnen Schwerpunkten, Verhinderung von Doppelungen und die gemeinsame Weiterentwicklung der Suchtberatung in Karlsruhe. Nach Einschätzung dieses Gremiums liegt auch nach der Gesetzesänderung die Expertise zum Thema Cannabis weiterhin bei der Jugend- und Drogenberatung, sodass Betroffene und Angehörige in der Regel weiterhin dort beraten werden. Der Runde Tisch Suchtberatung wird die Entwicklungen im Blick behalten und bei Bedarf nachsteuern.

Auf die spezialisierten und niedrigschwelligeren Angebote der AWO (AWO-Ambulanz, GetIn-Kontaktladen, Drogenkonsumraum und die Beratungsstelle KID- Hilfe für drogenabhängige Eltern und deren Kinder) wird die Veränderung der Gesetzgebung voraussichtlich keine nennenswerten Auswirkungen haben. Gleichwohl ist die Entwicklung zu beobachten und gegebenenfalls ebenfalls nachzusteuern.

Ein Teil der Aufgaben in der Jugend- und Drogenberatung ist die Beratung von Menschen, die Probleme im Zusammenhang mit der Illegalität einer Substanz haben. Entweder suchen sie aufgrund einer gerichtlichen Auflage die Beratungsstelle auf, oder sie wünschen eine Beratung zum Umgang mit den justiziellen Konsequenzen. Ebenso werden jugendliche erstauffällige Cannabiskonsument\*innen von Polizei und Jugendgerichtshilfe zur Absolvierung eines Kurses „Reset Cannabis“ an die Jugend- und Drogenberatungsstelle verwiesen.

Mit dem Wegfall des gerichtlichen Drucks werden die Menschen, die nur aufgrund dessen die Beratungsstelle aufgesucht haben, nicht mehr kommen. Dies bedeutet zum einen eine Arbeitserleichterung für die Mitarbeitenden, denn gerade in den vielen Fällen, bei denen weder eine Sucht- noch eine Missbrauchsproblematik vorliegt, ist eine solche „Auflagenberatung“ sehr unbefriedigend. Das Ziel der Beratung ist die Erfüllung der gerichtlichen Auflage; inhaltliche Themen gibt es in der Regel nicht. Zum anderen fällt aber auch eine Gruppe von Menschen weg, bei denen vielleicht eine solche Problematik, aber noch keine Motivation oder Einsicht besteht, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen. Für die Gruppe der jugendlichen erstauffälligen Cannabiskonsument\*innen ist es daher umso wichtiger präventive Angebote zu verstärken und Wege zu finden, diese Gruppe zu erreichen. Gerade für riskant konsumierende Jugendliche braucht es spezielle Beratungsangebote im Sinne einer cannabis-spezifischen Frühintervention. Hier gibt es erste vielversprechende Konzepte, an denen aktuell bundesweit gearbeitet wird.

### **3. Die Drogenkommission wird zeitnah zum Thema Legalisierung von Cannabis einberufen.**

Die Einberufung der Drogenkommission zur intensiveren Auseinandersetzung mit dem Thema Cannabislegalisierung und deren Auswirkungen auf die Stadt Karlsruhe wird von der Stadtverwaltung begrüßt.